

Chinesische Firma kauft Poggenpohl

HERFORD Überraschende Wende im Überlebenskampf des Küchenherstellers Poggenpohl: Die Edelmarke, die im Zuge der Corona-Pandemie einen Insolvenzantrag gestellt hat, kommt in chinesische Hände. Der Sanitär- und Küchenarmaturenhersteller Jomoo aus Xiamen werde neuer Eigentümer des deutschen Traditionsunternehmens, berichtete gestern Insolvenzverwalter Manuel Sack. Jomoo bekenne sich zum Produktionsstandort in Herford und werde einen Großteil der Mitarbeiter übernehmen, betonte Sack.

Der Premium-Küchenhersteller beschäftigte zuletzt noch 270 Mitarbeiter. Zum Kaufpreis machte Sack keine Angaben. Noch Mitte Juni hatte Sack den britischen Premiumküchen-Anbieter Lux Group zusammen mit der deutschen Unternehmerfamilie Wolf als Poggenpohl-Käufer präsentiert. Doch sei der Kauf am Ende „nicht zustande gekommen“, hieß es. Auch der Verkauf an Jomoo steht noch unter einer Reihe aufschiebender Bedingungen. Poggenpohl hatte im April angesichts erheblicher Auftrags- und Umsatzrückgänge seit Ausbruch der Corona-Pandemie Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellen müssen. Die Pandemie traf das Unternehmen mitten im laufenden Firmenumbau. *dpa*

Regierung sieht „spürbare Erholung“

BERLIN Die Bundesregierung sieht die deutsche Wirtschaft auf dem Weg der Besserung. Nach der Lockerung von Infektionsschutzmaßnahmen im In- und Ausland habe „eine spürbare Erholung der deutschen Wirtschaft eingesetzt“, erklärte das Wirtschaftsministerium gestern. Der Erholungsprozess stehe „aber erst am Anfang“. Die Kapazitäten seien „noch deutlich unterausgelastet“, fügte das Ministerium von Peter Altmaier (CDU) in seinem Bericht zur wirtschaftlichen Lage im Juli hinzu. Dennoch: Die Entwicklung in der Industrieproduktion habe „ihren Tiefpunkt überschritten“, erklärte das Ministerium unter Verweis auf die Mai-Daten zu Produktion und Auftragseingängen.

Ebenso habe der Außenhandel im Mai eine erste Belebung verzeichnet, auch wenn das Niveau der Waren- und Dienstleistungsexporte erst etwa bei 75 Prozent des Niveaus vor Beginn der Corona-Krise liege. *AFP*

Von Detlef Drewes

BRÜSSEL Der Brief an die „lieben Kolleginnen und Kollegen“ hat es in sich. Markus Pieper, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Europaabgeordneten, schickte das Schreiben vor wenigen Tagen an seine Fraktion. Inhalt: Der wissenschaftliche Dienst des EU-Parlamentes untersucht routinemäßig alle Rechtsakte, die die Brüsseler Kommission erlässt, und schätzt die Folgen für Bürger und Wirtschaft ab. Ergebnis: Von 132 EU-Regelungen, die zwischen Juli 2015 und Dezember 2018 erlassen wurden, waren 29 Prozent der Gesetze entweder fehlerhaft, kamen zu falschen Schlüssen – oder beides. Piepers Fazit: „Wir Parlamentarier müssen sehr viel kritischer mit den Legislativvorschlägen der EU-Kommission umgehen.“ Arbeit der europäischen Gesetzgeber schlampig?

Tatsächlich wurden die Zahlen und das „enttäuschende Ergebnis“ (Pieper) von der Chefin des zuständigen Ausschusses für Regulierungskontrolle der Kommission, Alexia Maniaki-Griva, gegenüber dem Abgeordneten bestätigt. Dabei geht es keineswegs um Kleinigkeiten. Bei der Prüfung fielen immerhin so wichtige Vorschriften wie der Aktionsplan zur Bildung einer Kapitalmarktunion, die Regelung über den Import kultureller Güter oder der Vorschlag für ein Cybersecurity-Kompetenz-Zentrum durch.

Dabei hatten die EU-Behörden vor acht Jahren, als der frühere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der 2007 als Beauftragter für Entbürokratisierung seinen Abschlussbericht vorlegte und eine effizientere Gesetzgebung empfahl, versprochen, mit einer systematischen Folgenabschätzung unnötigen oder wirkungslosen Vorschriften einen Riegel vorzuschieben. Seither soll, so die Selbstdarstellung des Ausschusses, jede europäische Regelung zu-

Arbeitet Brüssel zu schlampig?

Bei Folgenabschätzungen fallen fast 30 Prozent der EU-Gesetze durch



Seine Arbeit bei der EU brachte den Stein ins Rollen: Edmund Stoiber.

Foto: Julien Warnand/EPA/dpa

KOMMENTAR

Fehlschläge kann sich die EU nicht leisten

Als Edmund Stoiber vor acht Jahren seinen Bericht vorlegte, nachdem er die Arbeit des europäischen Gesetzgebers fünf Jahre lang durchleuchtet hatte, stand unter Strich eine fast schon beklemmende Zahl. Wenn die EU nämlich ihre Regelungen effizienter fassen und die Auswirkungen auf kleine und mittelständische Betriebe in der Gemeinschaft vorab bedenken wür-



Von Detlef Drewes

de, könnten diese pro Jahr bis zu 33 Milliarden Euro einsparen.

Die Forderung nach einer wirkungsvollen Folgenabschätzung alter und neuer Regelungen war geboren. Die

EU-Kommission versprach, Gesetze zu prüfen, damit sie effizient sind. Das wäre nicht nur sinnvoll, sondern notwendig – trotz des gewaltigen Aufwandes. Allein in diesem Jahr hat die EU 475 Basis-Rechtsakte beschlossen, deren Folgen für Bürger und Wirtschaft keineswegs immer geprüft wurden. Das darf nicht so bleiben.

Ob es nun um Digitalisierung, Agrarreform oder Kli-

maneutralität geht – die Themen sind zu wichtig und der Aufwand zu immens, als dass man sich einen Fehlschlag leisten könnte.

Wenn sich herausstellen sollte, dass eine Maßnahme kein oder nur ein geringer Beitrag auf dem Weg zum Ziel ist, muss nachgebessert – oder eben zurückgezogen werden.

aktuelles@noz.de

nächst auf ihre Wirksamkeit geprüft werden – manche erst nach Inkrafttreten, aber andere schon vorher.

Schließlich begründet die oberste EU-Behörde ihre Vorschläge immer wieder mit Prognosen über Zuwächse an Arbeitsplätzen oder Umsätzen. Im Jahresbericht 2019 kommt der Ausschuss selbst zu dem Ergebnis, dass diese Angaben „manchmal auf einer dürftigen Datenbasis“ vorgenommen würden und

man die notwendigen Informationen nicht bestätigen könne. Dabei ist eine Folgenabschätzung tatsächlich wichtig. Im Parlament will man beispielsweise gerne wissen, welche Auswirkungen neue Vorschriften zur Energieeffizienz bei öffentlichen Gebäuden haben: Um wie viel Prozent steigen die Mieten an, wenn Bauten in einem bestimmten Ausmaß klimaschonend saniert werden?

Hinzu kommt noch ein anderer Verdacht der Abgeordneten. Denn trotz grundsätzlicher Zusagen, alle Gesetze auf ihre Auswirkungen hin zu prüfen, geschieht dies offensichtlich bisher nicht. Der Abgeordnete Pieper steht nicht allein mit dem Verdacht, es könne durchaus auch politische Gründe dafür geben, warum ein Rechtsakt auf seine Folgen hin untersucht wird, ein anderer aber nicht.

Nun sollen die Parlamentsausschüsse für alle Themen in ihrer Zuständigkeit die Ergebnisse der Prüfungen erhalten. Pieper selbst ginge am liebsten noch weiter und würde nach dem Vorbild Deutschlands einen Normenkontrollrat installieren – „als wirksames Korrektiv für möglicherweise politisch motivierte Folgenabschätzungen“. Und sicher auch, um die Qualität der EU-Gesetze deutlich zu verbessern.

Europa führend in der Entwicklung des 3-D-Drucks

MÜNCHEN Deutschland und Europa haben eine Spitzenposition bei der Entwicklung des 3-D-Drucks. Hinter den USA kommt Deutschland in einer gestern veröffentlichten Studie des Europäischen Patentamts (EPA) auf den zweiten Platz. Betrachtet man Europa insgesamt, liegt es mit fast der Hälfte aller Patentanmeldungen sogar auf dem ersten Platz.

Europa und insbesondere Deutschland seien beim 3-D-Druck in einer guten Position, sagt der Chefökonom des EPA, Yann Ménière. Hier gehe es um den Umbau traditioneller Industrien, erklärte er – und wenn die etablierten europäischen Champions in Feldern wie Luftfahrt, Chemie oder Autobau flexibel genug seien, könnten sie hier ihre Chancen nutzen. Die deutsche Industrie tue dies

mit einer „guten Performance“ in allen Segmenten der Wertschöpfungskette.

Für seine Studie hat das EPA die Patentanmeldungen aus dem Bereich 3-D-Druck von 2010 bis 2018 ausgewertet. Im Ländervergleich liege dabei US-Unternehmen mit 5747 Anmeldungen auf dem ersten Platz, dahinter folgt Deutschland mit 3155. Die europäischen Länder – es geht hier nicht nur um die EU

– kommen zusammen auf 7863 Anmeldungen, das sind 47 Prozent.

Die Entwicklung im 3-D-Druck ist rasant: Von 2015 bis 2018 registrierte das EPA ein Wachstum von durchschnittlich 36 Prozent pro Jahr bei den Anmeldungen. Und Ménière erwartet, dass die Wachstumsraten hoch bleiben. Die Technik ist auf dem Weg aus der Nische: Betrachtete man den Bereich der Aus-

rüster im 3-D-Geschäft, gehe es um einen Markt von vielleicht 9 Milliarden Euro weltweit im vergangenen Jahr. Doch schon bis 2022 könne sich das verdoppeln.

Besonders viele Patente kamen aus dem Gesundheitssektor, der mit 4018 den ersten Platz einnimmt. Dahinter folgen der Energiebereich mit 2001 und der Verkehrsbereich mit 961 Anmeldungen. *dpa*

Börsenüberflieger und Branchenschreck

Tesla schreibt plötzlich schwarze Zahlen und ist der wertvollste Autobauer der Welt – was ist dran am Hype?

FREMONT/WOLFSBURG Der Rummel um den E-Auto-Pionier Tesla war immer schon groß – doch was derzeit mit der Firma des Tech-Milliardärs Elon Musk passiert, sucht seinesgleichen. Seit Ende Juni ist der Börsenwert des Unternehmens um mehr als 85 Milliarden auf gut 286 Milliarden Dollar nach oben geschossen. Damit ist Tesla mit weitem Abstand der am höchsten gehandelte Autohersteller der Welt. Zum Vergleich: Die drei nach Absatz und Produktion größten US-Rivalen General Motors (GM), Ford und Fiat Chrysler bringen es auf knapp 80 Milliarden Dollar – zusammen gerechnet. Und auch das deutsche Trio Volkswagen, Daimler und BMW ist hierbei meilenweit abgeschlagen. Für Musk ist es ein Triumph. Der 49-jährige

Star-Unternehmer, der nebenher die Raketenfirma SpaceX und viele andere Projekte betreibt, hat mit Tesla alle Erwartungen übertroffen. Vor einem Jahr kämpfte er noch mit tiefroten Zahlen. Dann drehte der E-Autohersteller auf: drei Quartale schwarzer Zahlen in Serie. Plötzlich scheint der chronisch verlustreiche Konzern profitabel und hebt an der Börse ab. Während der globale Automarkt von der Corona-Krise ausgebremst wird, macht sich Tesla im Massenmarkt breit: Im zweiten Quartal wurde Musks Firma viel mehr Autos los als erwartet. Anders als die Konkurrenz setzt Tesla auf Onlineverkäufe und kommt kaum mit Produktion und Lieferung nach.

Musk genießt seinen Erfolg in vollen Zügen. Bei Twitter,



Schillernder Milliardär: Elon Musk. Foto: dpa/John Raoux/AP

wo ihm 36,7 Millionen Accounts folgen, verspottet er Anleger, die es wagen, gegen ihn zu spekulieren. Um „Shortseller“, die auf Kursverluste wetten, auf die Schippe zu nehmen, brachte er „Tesla Short Shorts“ heraus: Die kurzen Satin-Hosen mit goldener Firmennote waren in limitierter Auflage im Online-Shop erhältlich – und trotz eines stolzen Preises von 69,42 Dollar sofort vergriffen. Warum ist ein Unternehmen, das bisher kaum Geld

verdient und relativ kleine Stückzahlen fertigt, mehr wert als alle großen deutschen und US-Autobauer zusammen? Finanzmarkt-Erwartungen sind ein Spiel mit der Zukunft, sie müssen keineswegs die tatsächliche Substanz einer Firma widerspiegeln. Der Hype um Tesla zeigt auch, wie abgekoppelt der Börsenhandel von den realwirtschaftlichen Grundlagen sein kann.

Doch es mehren sich die Stimmen derer, die glauben, dass Teslas Vorsprung vor allem bei Software und Digitalisierung nur noch schwer einzuholen sein könnte. „Die Kernkompetenz, die Tesla so wertvoll macht, liegt weniger im Feld E-Mobilität“, sagte der Vorstandschef des zweitgrößten Autzulieferers Continental, Elmar Degenhart. Entscheidend in der Beurtei-

lung sei vielmehr das Know-how bei neuen „Elektronik-Architekturen, deren Programmierung, drahtlosen Updates, den damit verbundenen Sicherheitsanforderungen und der Vernetzung des Autos mit der Cloud“.

Gerade dort tun sich Volumenanbieter wie VW, wo sowohl der neue Golf als auch der Elektro-Hoffnungsträger ID.3 mit Problemen zu kämpfen haben, schwer. Degenhart betonte, man müsse bedenken, dass Tesla keine annähernd ähnlichen Modellzeilen stemmen muss und „auf der grünen Wiese“ gegründet wurde. In der Tat macht Musk bisher kaum nennenswertes. Toyota lieferte im jüngsten Quartal mit 398 029 Neuwagen allein in den USA mehr aus als Tesla im gesamten vergangenen Jahr weltweit.

Dennoch: Die altbekannten Marktführer müssen sich spüren, wollen sie demnächst nicht unter die Räder geraten. Der Autobranche-Experte der Nord/LB, Frank Schwöpe, glaubt: „Die Tesla-Produktion entwickelt sich besser als bei der Konkurrenz.“ Trotz coronabedingter Rückschläge fuhr Musk die Fertigung in China, dem größten Automarkt der Welt, hoch. Und in Grünheide bei Berlin investiert Tesla mehr als eine Milliarde Euro in seine erste Europa-Fabrik, Produktionsstart soll in einem Jahr sein. Im Sommer könnte der Bau eines zweiten US-Autowerks beginnen. Trotzdem wird angesichts der Kursrally so manchem Beobachter schwindlig. Schwöpe: „Unseres Erachtens ist das Unternehmen deutlich zu hoch bewertet.“ *dpa*

Selbstständige härter von Krise getroffen

MÜNCHEN In Deutschland leiden laut einer Studie Selbstständige stark unter den Folgen der Corona-Krise, während abhängig Beschäftigte nur vergleichsweise wenig Einbußen hinnehmen müssen. 66 Prozent der Selbstständigen hätten Umsatzrückgänge zu verzeichnen, teilte das Ifo-Institut gestern auf Basis erster Ergebnisse einer Studie mit. Nahezu die Hälfte der Selbstständigen (46 Prozent) mussten demnach private Ersparnisse nutzen, um die negativen Folgen für ihr Gewerbe abzumildern.

Über die Hälfte (61 Prozent) der Selbstständigen konnten während der Pandemie ihrer Arbeit gar nicht oder nur noch eingeschränkt nachgehen. Wie aus der Umfrage unter 30 000 Befragten weiter hervorgeht, haben 26 Prozent der Selbstständigen staatliche Soforthilfen erhalten, bei 16 Prozent wurden Steuerzahlungen gestundet. Geld von Verwandten oder Freunden haben sich 9 Prozent geliehen.

Dagegen konnte laut Studie die große Mehrheit von 78 Prozent der abhängig Beschäftigten bis zum Juni ununterbrochen arbeiten. In dieser Zeit sei die wöchentliche Arbeitszeit nur bei 18 Prozent der abhängig Beschäftigten gesunken. *dpa*

KOMPAKT

Luftverkehr nimmt wieder leicht zu

BRÜSSEL/FRANKFURT Am europäischen Himmel sind nach dem Coronaschock wieder mehr Passagierflugzeuge unterwegs. In der abgelaufenen Kalenderwoche zählte Eurocontrol 90 549 Flüge und damit 36,6 Prozent des Vorjahreswertes, wie der Chef der Flugsicherungs-Koordination, Eamonn Brennan, gestern mitteilte. Im Schnitt waren das täglich knapp 13 000 Flüge, 1383 mehr als in der Woche zuvor. Zu dem Höchststand trug besonders die irische Ryanair bei, die durchschnittlich 1045 Flüge pro Tag anbot. *dpa*

Weniger Geld für deutsche Start-ups

BERLIN/FRANKFURT Die Zahl der Finanzspritzen für Start-ups in Deutschland ist gestiegen, die investierte Summe jedoch gesunken. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young (EY). Der Analyse zufolge gab es in der ersten Hälfte dieses Jahres zwar acht Prozent mehr Finanzierungen als noch im Vorjahreszeitraum, das Investitionsvolumen sank im Vergleich jedoch um mehr als ein Fünftel auf 2,2 Milliarden Euro. *dpa*

Großhandelspreise niedriger als 2019

WIESBADEN Die Verkaufspreise im Großhandel sind im Juni erneut deutlich gesunken. Die Preise waren durchschnittlich 3,3 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. Damit fiel der Rückgang aber etwas geringer aus als in den Vormonaten: Im Mai hatte er im Vorjahresvergleich noch 4,3 Prozent betragen. Im Vergleich zum Vormonat Mai stiegen die Verkaufspreise im Juni nach Angaben der Statistiker um 0,6 Prozent. *AFP*